

KOMMENTAR



Schwere Aufgabe

Von Friedrich Schwarz

Der Machtkampf ist erst einmal beendet. Jean-Claude Juncker wird neuer Chef der EU-Kommission. Im Europaparlament gibt es eine breite Mehrheit, aber auch Ablehnung und Protest.

Mit dem Voium hat ein riskantes Demokratieexperiment seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Das Parlament schaffte es, den Sieger der Europawahlen von Ende Mai an die Spitze der mächtigen EU-Behörde zu bringen. Juncker war Spitzenkandidat der Christdemokraten und Konservativen der Europäischen Volkspartei (EVP) gewesen.

Nun muss der Luxemburger liefern. Und zeigen, dass er nicht verbraucht und ein Repräsentant des alten Europa ist. Die Europa-Skeptiker, allen voran die Briten, werden es ihm nicht leicht machen. Das neu gewählte Parlament ist gespalten. Und das bekam Juncker schon am ersten Tag zu spüren, als ihm bei seiner Rede die Buhrufe der Euro-Gegner entgegenhüllten.

Kinder klagen in Karlsruhe

Dieser Junge kämpft gegen das Mindest-Wahlalter

KARLSRUHE/BERLIN - Klarer kann ein politisches Ziel nicht sein: „Wir wollen wählen!“, fordern Felix Finkbeiner (16) und seine 14 Mitstreiter - allesamt Kinder und Jugendliche. Jetzt sind sie vors Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe gezogen und wollen ein Wahlrecht von Geburt an erreichen.

„Uns geht es nicht darum, dass Kindergartenkinder zur Wahlurne krabbeln oder so was“, verdeutlicht der junge Polit-Aktivist. „Das Wahlalter soll erst mal herabgesetzt werden auf 16 oder 14.“ In Karlsruhe

wollen Felix & Co. aber letztlich durchsetzen, dass das Wahlalter in Deutschland auf null Jahre herabgesetzt wird. Schon von Geburt an soll Kindern das Recht zustehen, die Zukunft mitzugestalten. Und bis sie selbst ein Kreuzchen machen können, bestünde die Möglichkeit, dass Eltern dies treuhänderisch übernehmen.

Die Kinder und Jugendlichen beklagen, dass ihnen das wichtigste politische Grundrecht nicht zusteht. Ihr Argument: Dies verletzt die Grundsätze der Demokratie und Volkssouveränität. Der Bundestag hatte ihren

Einspruch gegen die Bundestagswahl im vergangenen November zurückgewiesen. Das Gericht prüft nun, ob die Beschwerde zulässig ist.

„Das, was uns wichtig ist, wird in der Politik nicht vertreten“, beklagt Felix Finkbeiner. „Ich interessiere mich für Klimakrise und Gerechtigkeit.“ Das Mindestalter für Bundes- und Europawahlen liegt in Deutschland bei 18 Jahren. In einigen Bundesländern können Jugendliche - zumindest bei Landtags- und teilweise bei Kommunalwahlen - schon ab 16 wählen.



Unterstützt von der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, verlangten 15 Kinder und Jugendliche im November im Bundestag die Abschaffung des Mindestwahlalters - abgelehnt.

Seit 2007 ist er ein Aktivist

Mit neun Jahren gründete Felix Finkbeiner (16) die Umweltschutzkampagne „Plant for the Planet“. Durch sein Engagement durfte er schon bei der UN-Vollversammlung sprechen, traf Friedensnobelpreisträger wie Kofi Annan (76) und Al Gore (66). Felix trat schon bei Thomas Gottschalk auf und kommt aus Pähl (Oberbayern) - von dort stammt auch Fußball-Weltmeister Thomas Müller (24).



Das ist sein „Plant for the Planet“

Im Januar 2007 wurde die Schülerinitiative „Plant for the Planet“ gegründet: Auslöser war ein Schulreferat von Felix Finkbeiner über die Klimakrise. Inspirie-

Hält einen Topf mit einem Ahornbaum-Setzling: „Plant for the Planet“-Initiator Felix Finkbeiner.

ren ließ er sich von der kenianischen Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai († 71), die in Afrika 30 Millionen Bäume gepflanzt hatte. Felix hatte die Vision, Kinder könnten in jedem Land der Erde eine Million Bäume pflanzen, um auf diese Weise einen CO₂-Ausgleich zu schaffen. In den darauffolgenden Jahren entwickelte sich die Initiative zu einer weltweiten Bewegung.

www.plant-for-the-planet.org



Felix Finkbeiner (l.) bei einer Preisverleihung mit Schauspielerin Sophia Thomalla (24).

Sprach sich für eine Unterbrechung der Freihandelsverhandlungen aus: Innenausschuss-Chef Bosbach (62).

Opposition fürchtet weitere US-Spitzel in der Regierung

BERLIN - Viele offene Fragen im Spionage-Krimi: Sind die US-Spitzel beim BND und im Verteidigungsministerium Einzelfälle? Oppositionspolitiker zweifeln daran - sie befürchten, dass es noch mehr Schnüffler der US-Geheimdienste in den Reihen der Bundesregierung geben könnte.

Nach einer Sondersitzung des Bundestags-Innenausschusses sagten Abgeordnete von Linken und Grünen, sie hätten dazu von Regierung und Geheimdiensten keine Bestätigung, aber auch kein Dementi gehört. Grünen-Innenpolitiker Konstantin von Notz (43): „Meine Arbeitsthese ist erst mal: Es gibt noch mehr.“

Auch laut Ausschuss-Chef Wolfgang Bosbach (62, CDU) ist zu klären, „ob dies Einzelfälle sind oder die Spitze des Eisbergs“. Linksfraktionsvize Jan Korte (37) sagte, noch immer seien viele Fragen offen. Er forderte die Regierung zu konkreten Schritten gegen die Amerikaner auf und plädierte etwa dafür, verschiedene transatlantische Abkommen wie Swift auszusetzen.

Der oberste Repräsentant der US-Geheimdienste in Berlin wird der „Bild“ zufolge bis Ende dieser Woche Deutschland verlassen. Die Zeitung beruft sich auf Sicherheitskreise. Demnach sei die Ausreise des Mannes nur noch eine Frage von Tagen.



Wirft der Regierung Tatenlosigkeit im Spionageskandal vor: Korte (37).v